

NZZ Podium vom 2. April 2009

Wohin steuert die Türkei?

Schlüsselland zwischen Okzident und Orient

Referat von Dr. Necla Kelek, Soziologin, freie Autorin und Publizistin, Berlin

«Ich sehe was, was du nichts siehst. Und das ist die Türkei.» Für westliche, vor allem europäische Beobachter der Türkei ist es offenbar schwierig, die Lage im Land wirklich zu durchschauen. Mit reiner Beobachtung und rationaler Beurteilung ist das Wesen dieser Gesellschaft nur schwer zu fassen. Schwierig, weil der Türkei, wie dem Orient überhaupt, eine eigene kulturelle Mentalität und politische Identität eigen ist. Stolz, Ehre, Schande, Respekt sind Kategorien, nach denen politisch gehandelt wird, sie haben den gleichen Stellenwert wie in Europa. Ebenso gibt es Schlagworte wie Effektivität oder Nachhaltigkeit. Aber auch Irrationalität oder «delikanli», sinngemäss übersetzt: verrücktes Blut, das heisst pubertierende junge Männer, spielen eine Rolle. «Delikanli» nennt man aber nicht nur junge Männer, die aus erwachender Männlichkeit verrückte Dinge machen. Es ist gleichzeitig eine erklärende Entschuldigung, die gebraucht wird, wenn Männer aus Zorn oder Machtgehebe ihre Frauen schlagen oder um sich schiessen oder mit Emotionen Politik gemacht wird.

Während man auf dem letzten Weltwirtschaftsforum in Davos über den Auf- und Abtritt von Ministerpräsident Erdogan eher peinlich betreten schwieg, feierten Tausende Türken ihren delikanli «Sultan» Erdogan bei seiner Rückkehr auf der Strasse als Helden, der es den Israeli und den Europäern gezeigt hat. Die Türkei scheint eine verunsicherte und sich selbst als missverstanden verstehende Gemeinschaft geworden zu sein, die sich nach solchen Zeichen sehnt. Laut einer neueren Umfrage der BBC misstrauen denn auch inzwischen über fünfzig Prozent der Türken der EU und über sechzig Prozent den USA und halten sich an das Sprichwort «Der Türke hat ausser dem Türken keinen Freund». Alexander und Margarete Mitscherlich haben über die Deutschen in den fünfziger Jahren von «psychosozialem Immobilismus» gesprochen, weil die tieferen Ursachen in der unaufgearbeiteten Geschichte des Landes lagen. Das könnte auch für die Türkei eine treffende Diagnose sein, es ist ein Land, das sich immer noch nicht offen seiner Vergangenheit und seinen heutigen Problemen wirklich stellt.

Die Türkei ist ein Land voller geschichtsträchtiger, unter anderem antiker, griechischer wie römischer Spuren, sie kann oder will aber ihre grossartigen historischen Ressourcen nicht als Kapital begreifen. Selbst das komplexe Erbe des Osmanischen Reiches wird verklärt, und in den Geschichtsbüchern wird so getan, als hätte es vor der Herausbildung der türkischen Nation keine anderen ethnischen Gruppen gegeben. Dabei ist das Türkentum eine Definition von deutschen und ungarischen Ethnologen vom Ende des 19. Jahrhunderts, die von den Jungtürken unter Aufbietung aller orientalischen Erzählkunst zum Nationalgedanken ausformuliert wurde. Die

turkmenischen Stämme, die im Osmanischen Reich eher eine dienende als herrschende Rolle spielten und kaum die Hälfte der Bevölkerung ausmachten, wurden zum Ur-Stamm Anatoliens stilisiert, ihre Geschichte als prägend dargestellt. Die Rollen der anderen Volksgruppen in der Geschichte Anatoliens wurden verdrängt. Die Armenier, Griechen vernichtet oder vertrieben, Kurden, Tscherkessen umgesiedelt, der sunnitische Islam den Aleviten und Schiiten aufoktroiert, Aramäer, Christen, alle Minderheiten marginalisiert. Dies alles aus der Idee heraus, eine Nation zu schaffen und Anatolien als Einheit zu erhalten. Vielleicht sind die Türken heute deshalb so nationalistisch, weil sie im Inneren das Gefühl haben, dass diesen ehemaligen Vielvölkerstaat eigentlich nur die Fahne zusammenhält.

Anfang des 20. Jahrhunderts hat es in der Türkei eine Umsiedlungspolitik der Jungtürken gegeben, deren Ziel es war, dass nirgends mehr als zehn Prozent ethnische Nichttürken ansässig sind. Mit der Industrialisierung begann zudem eine fortwährende Landflucht und Migration. Das Ergebnis war, dass faktisch die Hälfte der Bevölkerung an einem anderen Ort lebt, als wo die vorige Generation geboren wurde. Die Türken sind in mehrerer Hinsicht ein Volk ohne Wurzeln. Für eine Etagenwohnung in einer der Metropolen verlassen die Bauern ohne Wehmut ihr Land. Die grössten Wanderungsbewegungen gingen in Richtung der grossen Ballungsräume Istanbul, Ankara und Izmir, fast fünf Millionen Türken leben ausserhalb des Landes. Auch die anderen Umwälzungen Atatürks waren wahrlich revolutionär, von der Sprache über die Schrift bis hin zu Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches der Schweiz auf Türkisch wurde die Gesellschaft auf den Kopf gestellt. Der Islam wurde staatlich kontrolliert, und an seiner Statt wurde nach dem Tod von Atatürk der Kemalismus Staatsdoktrin.

Seit 1950, der Regierungszeit des später hingerichteten Ministerpräsidenten Menderes, ist der Islam wieder auf dem Vormarsch, wird kemalistische Politik Stück um Stück zurückgenommen, und die ehemals kontrollierte Religion wird wieder die Leitkultur der Türken. Eines wurde aber auch von Atatürk nicht von den Europäern übernommen – das ist der Gedanke des selbstverantwortlichen Individuums, der Bürgergesellschaft. Liest man die türkische Verfassung, stellt man fest, dass dort alle Grundrechte aus westlichen Verfassungen wiederzufinden sind, dass sie aber einer prinzipiellen Beschränkung unterliegen. Die Grundrechte gelten allesamt unter dem faktischen Vorbehalt, dass die Familie, das Land, das Türkentum nicht beschädigt werden. Patriarchale Strukturen, archaische Sitten, die Kontrolle des Einzelnen durch die Gruppe, die Familie, den Clan, all das ist nach Atatürk nicht mehr in Frage gestellt worden. Und so blieb das «Wir», die vordemokratische Struktur der osmanischen Gesellschaft, das grosse gemeinschaftliche Ganze, religiös definiert die Umma, die gesellschaftliche Identität.

Atatürk war das Leitbild des republikanischen Kollektivs. Abgelöst wird diese kemalistische Umma jetzt nicht, wie im Westen erhofft, von einer bürgerlichen Bewegung, sondern von einem anderen Übervater, dem Leitbild des Propheten Mohammed. Die islamische Bewegung kommt von unten und arbeitet mit Gewissheiten,

die keiner Begründung bedürfen, sondern ungefragt gegeben sind. Dass diese Bewegung die demokratischen Regeln beachtet und vieles besser macht als die saturierten Kemalisten, ist zu begrüßen, sollte uns aber nicht verleiten anzunehmen, dass es hier zu einem Fortschritt an Freiheit kommt. Und wir sollten uns auch nicht verleiten lassen, nur weil etwas legal ist, es auch gutzuheissen. Der Webfehler der türkischen Republik war und ist, dass sie nicht auf den Bürger setzt, sondern auf das Kollektiv. Das nimmt vielen Menschen Möglichkeiten der Entfaltung und Freiheitsrechte. Und wir müssen auch daran erinnern, dass Freiheiten dazu benutzt werden können, Freiheiten abzuschaffen.

Reden Türken über ihr Land, ob untereinander oder mit Fremden, sprechen sie von «Wir». Wir haben im Fussball gewonnen, wir haben in diesem Jahr weniger Kondome verbraucht, wir wurden beleidigt und so weiter. Kritisiert oder hinterfragt man konkrete Ereignisse oder Strukturen, gilt der Grundsatz, dass Fremde dies nichts angeht. Es herrscht eine Blockade, sich notwendigen Diskursen zu stellen. Am offensichtlichsten ist das in der Frage des Genozids an den Armeniern, aber auch Kritik an der Regierung wird verfolgt, wie die Auseinandersetzung Erdogans mit der Dogan-Mediengruppe zeigt. Eine Gesellschaft, die es nötig findet, sich gegen das freie Wort mit staatlicher Macht abzusichern, kann mit sich selbst nicht im Reinen sein. Sie bleibt lernunfähig, infantil, in einer Art Bewusstseinsgefängnis stecken, sie löst die Probleme nicht, sondern regelt sie über die Macht und bezichtigt Kritiker nötigenfalls des Verrats.

Ich habe türkische Politiker und auch Frauenrechtlerinnen erlebt, die in der Türkei unter schwierigsten Bedingungen arbeiten, sich gegen Patriarchat und archaische Bräuche engagieren, gegenüber Ausländern aber von dem allem nichts wissen wollten. Die türkische Schriftstellerin Ayfer Tunc sprach kürzlich bei einer Diskussion im Istanbuler Goethe-Institut von den «zwei Gesichtern» der Türken und der Türkei. Das eine ist, dass nach aussen die Einheit gegen alles und jeden verteidigt wird, das andere Gesicht zeigt keine gesellschaftliche, keine soziale Verantwortung für das eigene Volk, sondern beschränkt das Interesse auf den engeren Kreis der Verwandten und Bekannten. Das macht auch eine der Schwierigkeiten von Beobachtern aus, dass mit Fremden, ganz gleich, woher sie kommen, nicht offen gesprochen wird und dass man selbst als Teil der Gemeinschaft Dinge nicht in Frage zu stellen hat, wenn sie von Älteren bestimmt wurden oder in den Bereich des ungefragt Verbotenen gehören. Die türkische Demokratie ist keine Bürger-, sondern eine Militärdemokratie. Atatürk war Soldat und dachte in militärischen Kategorien von Freund und Feind, wenn er von Industrie sprach, hörte es sich an, als spräche er über die Infanterie. Entsprechend wurde der Staat wie eine Armee organisiert und mit Befehl und Gehorsam regiert. Die Republik ist eine Gründung von Offizieren, die die Uniform gegen den Anzug getauscht haben und die auch heute noch über ihren Staat wachen. Die türkische Armee ist nach wie vor die wohl einflussreichste gesellschaftliche Kraft, ein Staat im Staat, auf alle Fälle ist sie der grösste Unternehmer des Landes und beansprucht fast vierzig Prozent des Staatshaushalts.

Die Regierung Erdogan hat diese Strukturen übernommen, versucht einerseits sich mit dem Militär zu arrangieren, andererseits dessen Macht zu begrenzen. Die Ermittlungen gegen die Kräfte des «tiefen Staates», der aus Polizei und Militärkreisen stammenden nationalistischen Gruppe «Ergenekon», ist ein Hebel, die Nationalisten mit den eigenen Mitteln zu schlagen. Da das Militär nicht mehr über grossen politischen Einfluss auf Parteiebene verfügt, weil «seine» Partei, die CHP, sich selbst marginalisiert, ist es auf das Arrangement mit der machtbewussten AKP angewiesen und werden Gemeinsamkeiten gesucht.

In der Türkei finden in den nächsten Tagen Kommunalwahlen statt, und über die Dörfer und Kommunen geht gerade ein wahrer Regen an sozialen Wohltaten nieder. Da werden von der Regierungspartei Mehl und Waschmaschinen verteilt, Brunnen gebohrt, Strassen und Moscheen gebaut, Versprechungen gemacht. Korrespondenten sehen in den Reden und Initiativen der AKP keinerlei unredliche religiöse Motive und auch keine versteckte «islamistische Agenda». Worte und Taten sind aber wie so oft in der Türkei zwei Paar Schuhe. Tatsächlich hört die AKP im Gegensatz zur republikanischen CHP auf das Volk, kümmert sich um Wohnungsbau, das Gesundheitswesen, Wasserversorgung. Die Ergebnisse sind sichtbar, und der Erfolg wird sich bei den Wahlen einstellen. Auch weil die AKP konsequent auf Vetternwirtschaft setzt.

Nicht dass dies eine Erfindung Erdogans wäre, es war schon immer ein Prinzip der orientalischen Politik, die eigene Klientel zu bedienen. Jetzt sind die Nutzniesser die Brüder und Schwestern im Glauben. Bei Einstellungen und Berufungen von Kindergärtnerinnen bis zum Universitätsprofessor, vom Kioskpächter bis zum Piloten, bei öffentlichen Ausschreibungen und Privatisierungen staatlicher Einrichtungen wird konsequent darauf geachtet, dass die Pfründen in die richtigen, sprich religiösen Hände geraten. Inzwischen gibt es in jeder Raststätte einen Gebetsraum, Fabriken, die sich um öffentliche Aufträge bemühen, werden unverhohlen aufgefordert, an die AKP zu spenden und Gebetsräume einzurichten usw. Auf dieser Ebene findet seit dem Amtsantritt Erdogans ein grosses Umverteilungsprogramm statt.

Auf Dauer wird dieser religiöse Nepotismus das Land mehr verändern, als Gesetzesanpassungen an EU-Normen es je vermögen. Es wird sein wie immer. Das Gesetz legt das Heiratsalter auf achtzehn Jahre fest, aber im Land kümmert das niemanden. Bei einer Befragung in einer Stadt in Zentralanatolien wird dann lapidar festgestellt, dass achtzig Prozent der Mädchen und Frauen mit achtzehn Jahren bereits verheiratet waren, die jüngsten mit zwölf, ohne dass sich irgendeine Behörde darum kümmert. Sie werden per Imam-Ehe verheiratet, und die Heirat wird dann nötigenfalls später legalisiert.

Aus eigener wirtschaftlicher Kraft ist die Almosenpolitik der AKP nicht zu finanzieren, und wenn die Wohltaten nicht in einem Finanzdesaster wie im Jahr 2000 enden sollen, braucht die Türkei spendable Partner. Die möglichen EU-Subventionen und

Wirtschaftsbeziehungen mit Europa würden die Türkei wirtschaftlich vielleicht retten. Obwohl die Wählerschaft der AKP die USA und Europa ablehnt, wird die AKP alles dafür tun, mit Europa ins Geschäft zu kommen. Seit der Kubakrise 1961 setzen die USA auf die Türkei. Sie hieften die Türkei in die Nato und empfehlen den Europäern die Türkei immer wieder als Partner. Der Regierung Obama scheint wie der Bush-Regierung der «gemässigte Islam» der AKP ins Kalkül zu passen. Amerikanische Medien sprechen, wie die türkische Journalistin Ece Temelkuran feststellte, nicht mehr wie früher von der Türkei als «dem einzigen säkularen und demokratischen Staat im Mittleren Osten», sondern vom «einzigsten demokratischen Staat mit einer islamischen Regierung».

Für die AKP läuft da einiges positiv zusammen. Die USA brauchen die Türkei geopolitisch mit ihrem starken Militär als stabile Kraft im Mittleren Osten. Die Türkei braucht auch aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen dringend Europa. Die USA werden die Türkei bei ihrem Prozess zur EU-Mitgliedschaft unterstützen und gehen davon aus, dass Europa den Preis zahlen wird. Abdullah Gül hat für März seinen Besuch in Brüssel angekündigt. Wir verstehen, warum er lächeln wird.